Morgen-Ausgabe

„Berliner Tageblatt" und „Handels-Zeitung" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal. Gratis-Beiblätter: Montag „Zeitgeist", Mittwoch „Technische Rundschau", Donnerstag und Sonntag „Der Weltspiegel", Freitag illustriertes Witzblatt „ULK", Mittwoch „Haus Hof Garten". Man abonniert bei all. Postanstalten d. Deutschen Reiches und der besetzt. Gebiete, Oesterr.-Ungarns, der Schweiz, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens und Bulgariens; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. Bezugspreis: Durch die Post vierteljährlich 8.25 Mark exkl. Zustellungsgebühr. Ausland exkl. Postaufschlag; für Groß-Berlin monatlich 2,75 Mark, vierteljährlich 8.25 Mark. Unter Kreuzband monatlich: für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 6 Mark, fürs Ausland 10 Mark, bei täglich einmaliger Zustellung 6 Mark. Feldpost-Abonnements 3,25 Mark monatlich. In Groß-Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46-49 (Fernsprecher Amt Zentrum Nr. 10131—10144, für d. Fernverkehr Nr. 14207—14209), u. d. nebenstehend aufgeführten Filialen.
Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Insertionspreis: Zeile M. 1,50 u. 30 % Zuschlag. Familien-Anzeigen u. Stellen-Gesuche M. 1,50 die Zeile. Inserat.- u. Abonn.-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexp. SW. 19, Jerusalem. Str. 46-49. Filialen: Leipziger Str. 103; Potsdam. Str. 33; Zimmerstr. 59; Königstr. 56/57; Rosenthal. Str. 48; Schönh. All. 144; Moritzplatz; Köpenicker Str. 67/68; Rathenow. Str. 8; Turmstr. 61; Schiffbauerd. 4; Gr. Frankf. Str. 101; Frankf. All. 256; Frankf. Allee 346; Blücherstr. 69; Wiener Str. 1-6; Greifsw. Str. 127; Fennstr. 1; Müllerstr. 135; Badstr. 61; Charlottenb.: Tauentzienstr. 2; Kantstr. 84; Scharrenstr. 89; Nürnb. Str. 25/26; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunew.: Henriettenpl.; Lichtenb.: Frankf. Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 33/34; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 10; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Potsdam: Brandenburg. Str. 28. Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradepl. 8.
Drud und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 41
48. Jahrgang

Donnerstag
30. Januar 1919

Der amerikanische Völkerbundplan.

Bevorstehende Bekanntgabe des Wilsonschen Entwurfes.

Erklärungen des Oberst House. — Die Stimmung in Amerika.

(Telegramme unseres Korrespondenten.)

Haag, 29. Januar.

„Hollandsch Nieuwsbureau" erfährt aus Paris, daß heute oder morgen das **Völkerbundprogramm Wilsons** in allen Einzelheiten **bekanntgegeben werden** wird. Es wird in Form einer Mitteilung geschehen oder von irgendeinem Mitglied der amerikanischen Delegation, vermutlich von House, vorgetragen werden. Bei dieser Gelegenheit wird **House** wahrscheinlich eine **Erklärung** abgeben, warum diese Angelegenheit so lange hinausgeschoben worden ist. Man hat das Völkerbundprogramm immer als ein persönliches Programm von Wilson angesehen. Es lag dem Präsidenten fern, aus seiner eigenen Erkenntnis heraus der Welt ein so ungeheuer wichtiges Programm aufzuzwingen. Deswegen legte er Wert darauf, die besten Köpfe Europas zu hören, bevor das endgültige Programm Amerikas bekanntgegeben wird. Dadurch hoffte er gewiß, auf besonderen Widerstand stoßende Minderheiten definitiv ausschalten zu können. Man glaubt in der Tat, daß ihm dies nunmehr gelingen wird. Die amerikanische Delegation hatte bereits während der Verzögerung der Veröffentlichung wahrgenommen, wie sich in der französischen Presse Einflüsse geltend machten, die bei jeder Gelegenheit in langen Berichten nachzuweisen versuchten, daß die Vereinigten Staaten an dem Werk ihres eigenen Präsidenten lebhaft Kritik üben. Nunmehr glaubt man aber die Zeit für gekommen, um die Gesamtauffassung Amerikas in einer einzigen **klar gefaßten Form zugunsten des amerikanischen Völkerbundplanes** zu kristallisieren. Das amerikanische Publikum hat das Recht, alle Einzelheiten der Pläne Wilsons zu erfahren, die er in dieser Hinsicht durchzuführen gedenkt.

Haag, 29. Januar.

Die Zeichen mehren sich, daß in den Vereinigten Staaten sich die Kritik der Tätigkeit Wilsons in Paris sowie an seiner Abwesenheit verschärft. **Die Demokraten protestieren lebhaft dagegen, daß die Fragen der auswärtigen Politik bereits zur Stimmungsmache für die neuen Wahlen zur Präsidentschaft im Jahre 1920 benutzt werden.** Tatsächlich versuchen aber die Republikaner, den Völkerbund zu diskreditieren und anzugreifen, um damit Wilson zu treffen. Sie gehen gegenwärtig so weit, daß sie nach London und Paris Sendboten geschickt haben, um dort auseinanderzusetzen, daß die Vereinigten Staaten kein wirkliches Interesse für die Völkerliga hätten, daß die Republikaner im Senat den Vertrag nicht unterstützen wollten, und sich verpflichtet fühlten, darauf jetzt schon aufmerksam zu machen. Darüber ist nun in Amerika der Kampf öffentlich entbrannt. Nachdem die Demokraten ursprünglich gewünscht hatten, das republikanische Vorgehen gegen Wilson zu ignorieren, scheint es nun, daß in den Massen Amerikas der Gedanke, dem Krieg ein für allemal ein Ende zu machen, stark ist. „Die Völkerbundsidee selbst mag in ihrer Form nichts Anziehendes für den Amerikaner haben," sagt ein Kenner der Verhältnisse, „trotzdem hat Wilson die Stimmung des Volkes hinter sich, weil er dem Kriege überhaupt ein Ende machen will." Im Senat, der Wilson niemals besonders günstig gesinnt war, ebensowenig wie Wilson ihm, wurden aber letzthin doch Debatten laut. Die Nervosität über Wilsons Politik wächst natürlich noch durch den Eindruck der Schwierigkeiten, denen Wilson mit seinem Programm in Paris begegnet ist. Dazu kommt, daß man in Amerika enttäuscht ist, daß der große Geschäftsaufschwung nach dem Kriege noch nicht eingesetzt hat, dafür aber eine Menge von schwierigen und beunruhigenden Fragen dringend der Erledigung harren. Außer den Fragen der Eisenbahnübernahme, der Frachtregelung, der Politik der Bundesbanken, der industriellen Produktion ist besonders die Arbeiterfrage bedenklich. „Die Arbeitslosigkeit", sagt „New York Herald", „ist bis zu einem gefährlichen Grade gestiegen." Es fehlt auf allen Gebieten das heitere Vertrauen, das noch zur Jahreswende bestand. Diesen Geisteszustand spiegeln die Senatsdebatten wieder über Wilsons Forderung, hundert Millionen Dollars für die notleidenden Staaten von Europa zu geben. Die Besprechung hierüber führte zu einer allgemeinen Kritik der Wilsonschen Politik. Die Republikaner drangen vor allen Dingen darauf, daß Wilson seine idealistische Position verlassen möge. In diesem Sinne hielt einer der republikanischen Präsidentschaftskandidaten, Senator Harding, eine Rede, in welcher er fordert, daß der Präsident schleunigst zurückkehre und ein Programm aufstelle, das der Geschäftswelt gestatte, kräftig zu arbeiten und die zurückkehrenden Soldaten zu beschäftigen. Anderenfalls gäbe es anarchistische Zustände. Er, wie viele andere Republikaner, tadelte den Ausspruch des Präsidenten, daß die Amerikaner für die Demokratie kämpften. Amerika sei in den Krieg gegangen, weil die Rechte Amerikas von den Deutschen verletzt worden seien. „Wir haben die Wirklichkeit vergessen. Ich bin gegen den neuen Internationalismus des Präsidenten. Wenn die Welt heute vor dem Bolschewismus zittert, so ist das zum größten Teil eine Folge der Politik unserer obersten Exekutive." Harding war gegen die Bewilligung der hundert Millionen Dollars, die der Präsident durch Kabel angefordert hatte. Er sagte, er glaube nicht an die Lehre des Präsidenten, daß man dem Bolschewismus den Weg nach Westen durch Ernährung der hungerleidenden Nationen in Europa verlegen könnte. Die einzige Pflicht des Präsidenten sei, schleunigst Frieden zu schließen. Würden nicht innerhalb dreier Monate die eigentlichen Friedensprobleme erledigt so werde man in den Vereinigten Staaten mehr mit der Auslöschung der bolschewistischen Brände zu tun haben, als mit den hungerleidenden Völkern in Europa.

Meinungsverschiedenheiten über die Aufteilung der deutschen Kolonien.

Frankreich und England gegen das System der Mandatserteilung durch den Völkerbund.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Genf, 29. Januar.

Die Frage der deutschen Kolonien steht im Mittelpunkt des Interesses. Wie aus einer offiziösen Note hervorgeht, verlangen die amerikanischen Delegierten, daß alle territorialen Fragen nach demselben Prinzip geregelt werden sollen, sowohl die Gebiete Oesterreich-Ungarns und der Türkei, wie die deutschen Kolonien. Diese Gebiete sollen sämtlich dem Völkerbund überwiesen werden, der dann den einzelnen Mächten ein Mandat für die Verwaltung bestimmter Territorien erteilen soll. Demgegenüber scheint England eine verschiedene Behandlung der deutschen Kolonien einerseits und der übrigen Gebiete andererseits zu verlangen. Frankreich ist für eine direkte Aufteilung der deutschen Kolonien und gibt seine Ansprüche und Hoffnungen auf Togo und Kamerun nicht auf. Der „Temps" bekämpft in seinem heutigen Leitartikel sowohl den amerikanischen wie den englischen Standpunkt. „Der fünfte Punkt des Wilsonschen Programms", schreibt die Zeitung, „enthält nichts, was dem Völkerbund ein Souveränitätsrecht über die deutschen Kolonien verleiht oder die neuen Besitzer dieser Kolonien zwingt, sich lediglich als Mandatäre zu betrachten, die einer internationalen Kontrolle unterstehen. Trotzdem wird heute mitgeteilt, daß Wilson das System der Mandatserteilung auf die deutschen Kolonien anwenden will." Die Zeitung verlangt demgegenüber, daß alle deutschen Kolonien in gleicher Weise behandelt, das heißt in gleicher Weise verteilt werden sollen, und daß sie unter die Souveränität der Nationen gestellt werden, denen sie zugeteilt werden.

Paris, 29. Januar. (W. T. B.)

Nach einer Havas-Meldung setzte der aus zehn Vertretern der Großmächte bestehende Ausschuß heute die Prüfung der Frage des deutschen Kolonialbesitzes fort. Am Vormittag beschäftigte er sich mit den deutschen Besitzungen im fernen Osten, im Stillen Ozean, indem er verschiedene Delegierte Japans anhörte, das die Karolinen und die Marschallinseln verlangt, sowie Australiens, das Neu-Guinea beansprucht, ferner Neu-Seelands, das Absichten auf Samoa hat, und Chinas, das Kiautschau zurückerhalten möchte. Am Nachmittage machte Kolonialminister Henry Simon energisch die französisch-englischen Kolonialansprüche vor der Konferenz geltend. Der Ausschuß nahm den Gedankenaustausch über Wilsons Leitsätze wieder auf, wonach die deutsche koloniale Souveränität auf den Völkerbund übertragen werden solle, der sie an diese oder jene Macht zu übertragen hätte mit dem Auftrage, dieses oder jenes Gebiet unter internationaler Kontrolle zu verwalten. Der Ausschuß kam in dieser Frage heute zu keiner Entscheidung. Er wird sich vorübergehend dringenderen Aufgaben zuwenden müssen. So wird er morgen wegen der Zusammenstöße polnischer und tschecho-slowakischer Truppen Delegierte Polens und der tschecho-slowakischen Republik anhören.

Während heute die zweite Sitzung der Kommission der Großmächte ihre Versammlung abhielt, haben sich im Uhrensaal im Auswärtigen Amt unter Vorsitz von Jules Cambon die Delegierten der kleinen Staaten versammelt. Als Wortführer trat Kramarsch, der tschecho-slowakische Premierminister, auf und verlangte eine Vermehrung der Gesamtziffer der Delegierten der Völkerbundkommission, und zwar sollte die Anzahl der kleinen Staaten auf 10 vermehrt werden. Demgegenüber erklärte Cambon, es sei unmöglich, einen einmal gefaßten Beschluß zurückzunehmen. Darauf trat eine Pause ein, in der die Delegierten sich besprachen, worauf eine Abstimmung stattfand, um die Ernennung der Delegierten vorzunehmen.

Die Arbeiterbewegung in England und Amerika.

Die Rückwirkung auf den Frieden.

Von [Nachdruck verboten.]

Viendro (Haag).

Europa zerfällt gegenwärtig in einen siegreichen und einen geschlagenen Teil. Zwischen der Situation des Siegers und der des Besiegten schien kaum irgendein Vergleich möglich zu sein. Trotzdem ergeben sich jetzt bereits Tatsachen, die deutlich zeigen, daß die beiden feindlichen Teile doch in der Folge sehr wesentlich mit den gleichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben werden. Diese Schwierigkeiten äußern sich auch in so überraschend ähnlicher Weise und gehen auf so ähnliche Gründe zurück, daß man sich doch davor hüten muß, den Krieg als ein einseitiges Unglück aufzufassen. Man darf nicht vergessen, daß Europa, ja die Welt, infolge des Krieges weit mehr als früher unter einheitlichen und vereinheitlichenden Gesetzen wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung steht.

Die gegenwärtige Lohnbewegung in England und Amerika hat eine außerordentliche internationale Bedeutung.

Innerhalb der letzten zwei Monate, aber auch schon gleich nach Eintritt der Waffenruhe, hat die englische Arbeiterschaft einen Umsturz in den Lohnverhältnissen ihres Landes herbeigeführt, der einer wirtschaftlichen Revolution Englands nahe kommt. Fast durchweg ist eine 15- bis 20prozentige Verringerung der Arbeitsstunden durchgesetzt worden. Will man überhaupt eine Schätzung für den dadurch herbeigeführten, in Stunden ausgedrückten Leistungsverlust der englischen Wirtschaft vornehmen, so käme man allermindestens auf einen Verlust von drei Milliarden Arbeitsstunden. Die Bewegung geht durch alle Schichten der Arbeiterschaft. Die Bergarbeiter und die Polizisten, die Textilarbeiter, die Heizer und die Maschinenarbeiter haben außerordentliche Verringerungen ihrer Arbeitsstunden durchgesetzt. Neben der Stundenreduktion treten natürlich finanzielle Forderungen auf, die keineswegs gering sind. Sie laufen vor allen Dingen darauf hinaus, den hohen Stand der Kriegslöhne auch für den Frieden zu sichern. Wie die Entwicklung weiter gehen wird, läßt sich noch nicht mit Bestimmtheit sagen, aber schon wird von gut orientierten Leuten für den 3. Februar ein Generalstreik vorausgesagt.

Man kann die Bedeutung dieser Bewegung nicht ermessen, wenn man nicht ihre Rückwirkungen auf das nationale Wohl Englands betrachtet. Nehmen wir nur die Forderungen der Kohlenzechenarbeiter. Der Preis der englischen Kohle hat sich bereits im Kriege verdoppelt. Mit den letzten Forderungen würde aber der Preis der Tonne unter gleichzeitiger Einführung des Achtstundentages von 10 Schilling im Jahre 1914 auf 24 Schilling steigen. 72 Prozent des augenblicklichen Kohlenpreises werden bereits vom Lohn in Anspruch genommen. Der Lohn soll steigen und dabei droht der Kohlenpreis auf dem Weltmarkt in kürzester Frist zu fallen. Hinzu kommt, daß jetzt schon der englische Bergmann nur 243 Tonnen fördert, gegen die 660 Tonnen seines Kollegen in Amerika. Die englische Industrie beruht zum sehr großen Teile auf ihrer bisher verhältnismäßig billigen Kohle.

Diese neuen kolossalen Forderungen der Bergleute bedeuten also nach allgemeinem Urteil zugleich das Aufhören der Konkurrenzfähigkeit der englischen Industrie überhaupt, wenn die englischen Arbeitermassen nicht Vernunft annehmen.

Gegenwärtig hat aber der sonst so besonnene englische Arbeiter diese Vernunft verloren. Keiner der Gründe, die ihn vor dem Kriege bewogen, seine Forderungen dem allgemeinen Rahmen der wirtschaftlichen Notwendigkeit einzuordnen, scheint seit dem Waffenstillstand ihn mehr abhalten zu können, seine persönlichen Wünsche rücksichtslos durchzusetzen. Der nun fortfallende eindämmende Druck des Krieges scheint durch keine Autorität ersetzt werden zu können. Für den deutschen Beobachter ist es auch keine Ueberraschung, daß die englischen Gewerkschaftsleitungen der Bewegung nur folgen, aber sie nicht führen können. Bei diesen Leitungen besteht zwar die Einsicht, daß die gegenwärtige Entwicklung krankhaft und höchst gefährlich sei. Es ist ihnen aber unmöglich, diese Einsicht bei den Arbeitern geltend zu machen. Die Arbeiter wollen nach den Opfern, die sie im Felde und in vieler Beziehung auch zu Hause bringen mußten, unter allen Umständen den Gewinn bergen, der ihnen nun nach ihrer Meinung zusteht. Die Hingabe an das Allgemeinwohl, unter deren Zeichen sie vier Jahre gelebt haben, findet jetzt auch in England ihren Rückschlag in Aeußerungen eines extremen Egoismus. Es liegen darüber